

Kurzbericht

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

(96. - öffentliche - Sitzung am 1. Oktober 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Partizipations- und Teilhabegesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/11474](#)

Der Ausschuss nimmt zu dem Gesetzentwurf eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gewalthilfegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11588](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er beschließt, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Förderung der Jugendarbeit in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11534](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er beschließt, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/11618](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Gesetzentwurf entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er beschließt, in der Sitzung am 26. November 2026 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

5. **Unsichtbare Folgen sichtbar machen: FASD wirksam begegnen und Hilfe ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9261](#)

Der Ausschuss beschließt, die Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag schriftlich entgegenzunehmen und den Antrag zeitnah wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Widerruf der Förderung des neuen Klinikums Wilhelmshaven**

Der Ausschuss beschließt, die Unterrichtung schriftlich entgegenzunehmen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung der Gleichberechtigung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7500](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der Vorlage 17 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums der mitberatenden Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 17 zuzüglich einiger in der Sitzung beschlossener Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung:

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Sophie Ramdor (CDU)